

Stand: 17.06.2025

Bewertung der geplanten Umsetzung der TI-Forderungen im Regierungsprogramm

Transparency International - Austria bewertet das aktuelle Regierungsprogramm hinsichtlich der Erfüllung ihrer im Herbst 2024 veröffentlichten Forderungen mit einem Ampelsystem. Dabei wird die geplante Umsetzung bewertet. Eine zweite Ampel zur Bewertung des tatsächlichen Fortschritts der Umsetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt.

Forderung	Bewertung	Umsetzungsfortschritt	Bemerkungen
1. Unabhängige Weisungsspitze für Staatsanwaltschaften	● (gut)	○ (noch nicht bewertbar)	Die Schaffung einer unabhängigen Bundesstaatsanwaltschaft stellt einen bedeutenden Fortschritt zur Reduzierung politischer Einflussnahme dar. Die Ernennung durch eine unabhängige Kommission stärkt die institutionelle Unabhängigkeit. Allerdings fehlen Mechanismen zur Staffelung der Amtszeiten, um eine kontinuierliche Stabilität zu gewährleisten.
2. Stärkung der Staatsanwaltschaften, insbesondere der WKStA	● (teilweise)	○ (noch nicht bewertbar)	Positiv ist die bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Justiz, was die Arbeit der Staatsanwaltschaften erleichtern kann. Allerdings gibt es keine klare Reduktion der Berichtspflichten, die zur Verfahrensbeschleunigung beitragen würde. Zudem fehlen Maßnahmen zur Erhöhung der Kommunikationskompetenz der WKStA.

Stand: 17.06.2025

<p>3. Stärkung der Kronzeugenregelung</p>	<p>● (teilweise)</p>	<p>○ (noch nicht bewertbar)</p>	<p>Die Notwendigkeit einer Reform der Kronzeugenregelung wird anerkannt. Allerdings gibt es bislang keine konkreten Maßnahmen oder gesetzliche Anpassungen. Besonders fehlt eine Verbesserung des Rechtsschutzes für Kronzeugen sowie eine Überprüfung der Haftungsfolgen.</p>
<p>4. Offene Medienförderung statt „Inseratenpolitik“</p>	<p>● (gut)</p>	<p>○ (noch nicht bewertbar)</p>	<p>Positiv sind die Förderung der Medienvielfalt und die ORF-Gremienreform zur stärkeren Entpolitisierung durch eine neue Zusammensetzung des Stiftungsrats und Publikumsrats. Die Regierung entsendet künftig weniger Räte, während der Publikumsrat mehr Mitglieder bestimmt und erstmals Qualifikationskriterien für Stiftungsräte eingeführt werden. Allerdings fehlt eine Regelung für staatliche Inserate – eine Begrenzung oder ein Verbot in parteinahen Medien gibt es nicht. Die Bundesregierung bekennt sich lediglich zu einem sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln und senkt die Budgetansätze für Informationstätigkeiten um 10 % im Vergleich zu den Vorjahresausgaben.</p>
<p>5. Informationsfreiheit stärken</p>	<p>● (teilweise)</p>	<p>○ (noch nicht bewertbar)</p>	<p>Die Regierung bekennt sich zur Umsetzung der Informationsfreiheit. Allerdings bleibt unklar, ob</p>

Stand: 17.06.2025

			ausreichende Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden. Ebenso fehlt eine Einführung eines Informationsbeauftragten und ein Transparenzgebot für alle Gemeinden.
6. Verbesserung des HinweisgeberInnenschutzes	● (schlecht)	○ (noch nicht bewertbar)	Das Regierungsprogramm erwähnt den Schutz von Hinweisgeber:innen nur am Rande. Die erkannten Schwächen des bestehenden Hinweisgeberschutzgesetzes – insbesondere der zu enge sachliche Anwendungsbereich, der zumindest alle Wirtschaftsstraftaten erfassen sollte – bleiben bestehen. Wichtige Erweiterungen, wie eine erweiterte Hinweispflicht für Abschlussprüfer, fehlen gänzlich.
7. Verwaltungsreform	● (schlecht)	○ (noch nicht bewertbar)	Die geplante Verwaltungsmodernisierung durch Digitalisierung ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Allerdings fehlen wesentliche Maßnahmen zur Korruptionsprävention, wie verpflichtende Compliance-Schulungen für Führungskräfte, klare Regelungen zu Interessenkonflikten oder Sanktionen für die missbräuchliche Nutzung von Insiderwissen. Zudem steht die geplante Ausweitung der Anzahl der Regierungsmitglieder im Widerspruch zur oft geforderten strukturellen Verschlankung der Verwaltung. Dies könnte nicht nur die Effizienz beeinträchtigen, sondern auch die

Stand: 17.06.2025

			Transparenz staatlicher Entscheidungsprozesse weiter erschweren.
8. Postenschacher entgegenwirken	● (teilweise)	<input type="radio"/> (noch nicht bewertbar)	Die Einführung eines Verhaltenskodex für Kabinettsmitarbeitende ist ein positiver Schritt. Auch eine Prüfung des Ausschreibungsgesetzes zur Stärkung unabhängiger Besetzungskommissionen ist sinnvoll. Allerdings fehlen weiterhin verbindliche Compliance-Regeln, verpflichtende Schulungen und Maßnahmen gegen "maßgeschneiderte" Ausschreibungen.
9. Ausbau der ethischen, politischen und wirtschaftlichen Bildung an Schulen	● (gut)	<input type="radio"/> (noch nicht bewertbar)	Die Einführung von Demokratiebildung als eigenes Schulfach ist ein Fortschritt. Medienbildung wird gestärkt, allerdings fehlen spezifische Inhalte zu Korruptionsprävention und Wirtschaftsbildung. Diese sind jedoch essenziell für ein vertieftes Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat.
10. Einführung eines Korruptionsregisters	● (schlecht)	<input type="radio"/> (noch nicht bewertbar)	Obwohl das Regierungsprogramm die Einführung eines Verwaltungsstrafregisters erwähnt, bleibt ein zentrales Korruptionsregister aus.